

Gegen Hass, Hetze und Gewalt

Öffentlicher Dienst unverzichtbar für Gemeinwohl

dbb Landeschefin Lilli Lenz: Wir fordern ein Miteinander mit Respekt!

Im Zusammenhang mit landesweiten Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und für die freiheitliche demokratische Grundordnung verlautebarte der dbb rheinland-pfalz Ende Januar 2024: Aktuell instrumentalisieren Demokratiefeinde die Krisen unserer Zeit für Hetze und Hass. Es bereitet dem dbb rheinland-pfalz große Sorge, dass das gesellschaftliche Bewusstsein für den Wert des Rechtsstaats sinkt.

Der öffentliche Dienst muss Garant für rechtsstaatliche und sichere Verhältnisse in Deutschland sein und ist in vielfältiger Weise Dienstleister und Multiplikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die freiheitliche demokratische Grundordnung und das Bekenntnis zu ihr sind dabei Maßstab für die Tätigkeit im öffentlichen Dienst.

Hass und Hetze, Diskriminierung und Gewalt sind damit nicht vereinbar. Wer sich nicht klar zu unserer Verfassung bekennt, für den ist kein Platz im öffentlichen Dienst. „Krisen-

modus war das Wort des Jahres 2023. Krisenmodus besteht nicht erst seit gestern. Krise ist vielmehr zum Normalzustand geworden“, stellte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz fest.

Die Krise betreffe viele Menschen im öffentlichen Dienst: Pflegekräfte, die Tag für Tag an ihre Grenzen stoßen und insbesondere in der Pandemie auch darüber hinaus gegangen sind. Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, die sich mit viel Herzblut dafür einsetzen, dass junge Menschen nicht den Anschluss verlieren. Polizistinnen und Polizisten, Einsatz- und Rettungskräfte, die rund um die Uhr für unsere Sicherheit im belastenden Dienst tätig sind. Und nicht zuletzt unzählige Mitarbeitende, die Tag für Tag Rechtsstaatlichkeit garantieren und dabei mit Hass, Hetze, Rassismus und Populismus konfrontiert sind. „Auch wenn es brenzlich ist, halten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Laden am Laufen. Trotz unzähliger Herausforderungen sichern die Kolleginnen und Kollegen mit ihrem Dienst am Gemeinwohl

die Daseinsvorsorge und gleiche Lebens-, Rechts- und Wirtschaftsbedingungen in Deutschland“, betonte Lilli Lenz. Es bestehe jedoch hoher Handlungsbedarf, damit das auch so bleibt.

„Es braucht weiter massive Investitionen in die Personalgewinnung auf allen Ebenen, um klaffende Personallücken aufzufüllen und die Funktionsfähigkeit unseres Staates zu sichern. Das stärkt dann auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diesen Staat“, so die dbb Landeschefin.

„Ich wünsche mir gesellschaftlich lösungsorientierten Zusammenhalt und solidarisches Miteinander mit Respekt“, sagte sie, auch mit Blick auf die vom dbb rheinland-pfalz initiierten und seit 2015 mit der Landesregierung abgegebenen gemeinsamen Anti-Gewalt-/Anti-Hass-Erklärungen im öffentlichen Dienst. 2017 hatten wir schon deutlich gemeinsam gesagt: „Wir wollen, dass alle Menschen in Rheinland-Pfalz in ei-



© dbb rip Rimbach

> dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz

ner weltoffenen Gesellschaft leben. Respekt, Wertschätzung und Interesse gegenüber anderen Menschen sollen erlebt und gelebt werden – unabhängig davon, welcher Religion sie angehören, welche Hautfarbe sie haben, welche Muttersprache sie sprechen und welche Meinung sie vertreten. Wir wollen, dass die Unterschiedlichkeit der Menschen als Realität respektiert wird. Wir appellieren deshalb an alle, unsere Gesellschaft vor Spaltung, Brutalität, Rücksichtslosigkeit und Radikalisierung zu schützen und so unsere Demokratie zu bewahren. ■

Landkreistag Rheinland-Pfalz

Arbeitskräftemangel im Fokus

Gespräch mit den Geschäftsführenden Direktoren Andreas Göbel und Heike Arend

Zu einem vertiefenden Praxisgespräch über die Lage des öffentlichen Dienstes insbesondere in den rheinland-

pfälzischen Kreisverwaltungen trafen sich Andreas Göbel und Heike Arend vom Landkreistagsdirektorium mit der

dbb Landesvorsitzenden Lilli Lenz in der Landkreistagsgeschäftsstelle am 6. Februar 2024.

Dabei ging es um Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst. Grundsätzliche Einigkeit be-

stand dabei hinsichtlich der unbedingten Notwendigkeit der Attraktivierung von Karrieren in den Kreisverwaltungen.

Lilli Lenz schlug dafür zur Verbesserung der Aufstiegschancen und zur Optimierung der Arbeitsqualität mit Blick auf die praktisch notwendige Akquise auch verwaltungs- und fachfremder, externer Kräfte vor, für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger niedrigschwellige verwaltungsspezifische Zusatzqualifikationen in Form von kurzen Lehrgängen vorzusehen, angeboten etwa durch die örtlichen kommunalen Studieninstitute oder die Kommunalakademie.

Ähnlich der beamtenrechtlichen Fortbildungsqualifizierung könnte man hier durch entsprechende Kurse bessere



> Geschäftsführende Landkreistagsdirektorin Heike Arend, dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz und Geschäftsführender Landkreistagsdirektor Andreas Göbel (von links).

Voraussetzungen für Eingruppierung und Beförderung schaffen. Die Idee nahmen Andreas Göbel und Heike Arend als „Zusammen-Punkt“ für eine Weiterverfolgung auf.

Beide regten unter anderem eine Flexibilisierung der Ruhe-

standaltersgrenzen an. Für bereits bestehende Möglichkeiten im Renten- und Beamtenrecht müsse mehr geworben und die Werkzeuge zur verbesserten Gestaltung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand sollten ausgebaut werden. Lilli Lenz bestätigte diese Anregungen mit

Beispielanforderungen aus der täglichen Verwaltungspraxis.

Ein weiterer „Zusammen-Punkt“ bildete die Idee, das betriebliche Gesundheitsmanagement in den Verwaltungen besser auszustatten und effizienter zu gestalten, damit sowohl die Arbeitnehmer- als auch die Arbeitgeberseite mehr Nutzen daraus ziehen können. In diesem Zusammenhang wurden denkbare Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit ausgelotet. Schließlich sollte nicht jede Verwaltungseinheit das sprichwörtliche Rad für sich allein neu erfinden müssen, wo auch Synergien möglich sind.

Die Fortsetzung des gemeinsamen Kontakts nicht nur zu den dargestellten Themen wurde vereinbart.

dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz

Ländertarifergebnis gewürdigt

Frühe Frühjahrssitzung in Mainz

In einer mit Blick auf den diesjährigen Gewerkschaftstag des dbb rheinland-pfalz recht früh im Jahr terminierten Sitzung hat die dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz unter der Leitung durch den stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Peter Mertens Ende Januar in Mainz ihre erste turnusmäßige Sitzung 2024 durchgeführt.

Dabei ging es schwerpunktartig insbesondere um einen Rückblick auf die Einkommensrunde TV-L 2023, um einen allgemeinen Bericht zur Lage mit Aussprache sowie um tarifrelevante Informationen aus den Mitgliedsverbänden. Die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter der Mitgliedsgegewerkschaften verständigten sich auch auf Anträge an den Gewerkschaftstag, der Anfang Juni in Mainz tagen wird.

Den Gremienmitgliedern lagen hier zwei Forderungen besonders am Herzen, nämlich nach Wiedereinführung eines vereinheitlichten Tarifrechts für Kommunen, Länder und Bund sowie nach Wiedereinführung eines Altersteilzeit-Tarifvertrages.

Gesprochen wurde auch über die Besetzung satzungsrechtlicher Funktionsstellen im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftstag.

Der Ländertarifkompromiss zum TV-L vom 9. Dezember 2023 wurde außerdem eingehend analysiert. Der Abschluss wurde durchweg als im Grunde zufriedenstellend aufgenommen. Es konnte auch im Verhältnis zum vorherigen Tarifergebnis bei der Einkommensrunde zum TVöD für Bund und Kommunen tarif-



> Die dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz um den Vorsitzenden Peter Mertens (6. von links)

mäßig Anschluss gehalten werden. Gerade der vorgesehene Inflationsausgleich im Vorfeld späterer Linearanpassungen sei von vielen Kolleginnen und Kollegen vehement gefordert worden, weshalb die entsprechenden Tariflösungen gut aufgenommen worden seien.

Zwar sei die Laufzeit der Einigung erneut sehr lang geraten und das verhindere eine Synchronisation der Verhandlungssysteme um den Ländertarifvertrag einerseits sowie den TVöD andererseits. Aber dennoch sei das Gesamtvolumen ein respektables Ergebnis.

Diese Sichtweise werde insbesondere von denjenigen Mitstreiterinnen und -streitern geteilt, die am 4. Dezember 2023 bei der großen Demonstration zur Einkommensrunde im Mainzer Schneetreiben mitgemacht haben, so die Gremienmitglieder durchgängig. Organisation und Durch-

führung der Protestveranstaltung wurden positiv bewertet. Der Mitmachtag habe Solidarität und Wir-Gefühl geboostert sowie deutlich gezeigt, dass man zusammen etwas bewegen kann.

Zum Tagesordnungspunkt mit Informationen aus den Mit-

gliedsorganisationen wurde besonders über den privatisierten Sektor der Postnachfolgeunternehmen und dortige Tarifverhandlungen diskutiert.

Daran anknüpfend bemängelten die Sitzungsteilnehmer verschärft den allortigen festzustellenden Fachkräftemangel

und postulierten von der Arbeitgeberseite dringend mehr Kreativität bei Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung.

Die nächste Sitzung der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz wurde auf den 16. September 2024 terminiert. ■